

High Noon

Warum der Aufruf der deutschen Ökonomen zum richtigen Zeitpunkt kommt. Es ist ein Alarmruf fünf Minuten vor zwölf.

Von Klaus F. Zimmermann

Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA)
und Wirtschaftsprofessor der Universität Bonn

Ratschläge sind auch Schläge – so mögen manche in Politik und Wirtschaft den jüngsten kritischen Aufruf von über 190 führenden deutschen Ökonomen zu den Beschlüssen des letzten EU-Gipfels empfunden haben – und schlagen jetzt kräftig verbal zurück. Einige versuchen dabei ihren Schwächeanfall im europäischen Verhandlungsmarathon zu überspielen. Andere können so ihre Begeisterung für einen Durchmarsch in den europäischen Interventionsstaat verstecken.

Richtig ist, die neuen EU-Beschlüsse sind vage und vieldeutig auswertbar. Aber allen Beteiligten ist klar: Wir haben mit diesem Gipfel einen weiteren, möglicherweise entscheidenden Schritt in die europäische Transferunion getan, bei dem letztlich die wirtschaftlichen Risiken vergesellschaftet werden, ohne zunächst die Verantwortung für die insbesondere fiskalischen Entscheidungen anwendungssicher europäisch zu zentralisieren.

Ich jedenfalls habe diesen Aufruf mitunterzeichnet, weil ich immer für den Euro war und noch bin, nur eben als Wachstums- und Stabilitätsgemeinschaft, nicht als Notfallklinik. Es ist ein politischer Weckruf, keine der feinsinnigen wissenschaftlichen Analysen, die schon seit Jahren in vielfältiger Form vorliegen. Zuletzt hat der Sachverständigenrat in einem Sondergutachten an diesem Freitag seine aktuelle Einschätzung nach dem Gipfel vermittelt, in der ebenfalls davor gewarnt wird zu glauben, die Probleme seien nun gelöst. Und Bundesbankpräsident Weidmann hat in einer bemerkenswert harschen öffentlichen Analyse in dieser Woche die Ergebnisse kritisiert. Zur behaglichen Selbstzufriedenheit besteht nun also wirklich kein Anlass.

Es fällt schwer, Unmut zu unterdrücken, wenn ich bei einer anderen Initiative nachlese („Europas Bankenkrise: Ein Aufruf zum Handeln“), die ich in der Morgendämmerung der großen Wirtschaftskrise Anfang Oktober 2008 gemeinsam mit führenden europäischen Makroökonomern unterschrieb und die europaweit Aufmerksamkeit fand: „Wir brauchen einen das ganze System umfassenden Ansatz, und in Europa bedeutet dies eine Initiative zur Rekapitalisierung des Bankensektors unter der Federführung der EU.... Es wäre auch wichtig, einen harmonisierten Ansatz für die Einlagensicherung zu vereinbaren. Um künftig Krisen dieser Art zu verhindern, wird auch eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte und -institutionen auf europäischer Ebene erforderlich sein.“

Bis heute ist wenig geschehen, was diesen Ansprüchen gerecht geworden wäre. Wir haben längst nicht nur eine große Vertrauenskrise des Euros, sondern eine der ganzen europäischen Gemeinschaft. Wir sind dabei, das europäische Vermächtnis unserer Mütter und Väter leichtfertig zu verspielen.

Wir schrieben damals: „Wenn sich die führenden Kräfte in Europa nicht umgehend und direkt gemeinsam um diese Krise kümmern, bevor sie außer Kontrolle gerät, werden sie in Zukunft wohl eher darüber streiten, wie sie mit den Folgen fertig werden.“ Dabei sind wir jetzt. Was nun kommt, kommt mit großer Wahrscheinlichkeit zum Preis einer Transferunion und der Vergemeinschaftung bestehender europäischer Schulden. Dies ist jedenfalls die Erwartung in den Eliten der Euro-Problemstaaten. Die Frage wird sein: Soll dies auch für künftige Schulden unkontrolliert gelten?

Die beim Gipfel besprochene Bankenunion ist nicht grundsätzlich falsch. Hier gibt es keinen Dissens mit dem neuen (zweiten) „Gegen(?)aufruf“ des Münchner Kollegen Illing et al., in dem u.a. steht: „Es darf dabei keinesfalls um eine Vergemeinschaftung der Haftung für Bankschulden gehen.“ Ja, das ist die Sorge, die mich umtreibt. Sie wird gefüttert von zwei Beobachtungen, die auch der Bundesbankpräsident gemacht hat: Die Gipfelbeschlüsse lockern die Bedingungen an Finanzhilfen und weiten die gemeinsame Haftung aus. Ferner: Die Bankenunion kann und wird nicht rasch kommen, zu viel Zeit ist verschlafen worden.

Ich finde es gut, dass nach dem deutlichen Appell aus der Wissenschaft eine breite öffentliche Debatte über die künftigen Strategien zur Euro-Krisenbewältigung sowie zu den längerfristigen Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik einsetzt. Denn viel zu lange wurden diese Schicksalsfragen unseres Kontinents an Parlamenten und Öffentlichkeit vorbei verhandelt. Dieser Mangel an demokratischer Öffentlichkeit festigt bei vielen Bürgern den Eindruck, dass in der Euro-Krise lediglich von Gipfel zu Gipfel aktionistisch reagiert wird. Und dass die Regierungen ohne gemeinsamen Kompass nur noch als Reparaturkolonne unterwegs sind, es ihnen aber nicht gelingt, zu den tieferen Ursachen der Krise vorzudringen.

Auch kann es für die deutschen wirtschaftspolitischen Akteure im europäischen Verhandlungsdschungel sehr nützlich sein, wenn sie auf eine breite Unterstützung für eine Politik im eigenen Land verweisen können, die die fiskalische Stabilisierung zum Ausgangspunkt jeder europäischen Wachstumspolitik erklärt. Nach der französischen Präsidentschaftswahl benötigt diese Position jede Stärkung in der europäischen Debatte, die aus der Balance zu geraten droht. Dies folgt im Übrigen nicht einseitiger deutscher Interessenpolitik, sondern ist wohl verstanden im Interesse der langfristigen Wohlstandsperspektive der ganzen Europäischen Union.

Aus der Schuldenkrise und vielen Fehl- und Überreaktionen in der großen Wirtschaftskrise ist eine generelle Vertrauenskrise in den Euro entstanden. Diese ist zwar nicht gerechtfertigt, denn bewertet man die objektiven Gesamtergebnisse, so ist der Euro seit seiner Einführung ein großer Erfolg. In der Krise werden jetzt allerdings auch seine Konstruktionsmängel brutal deutlich. Trotzdem können wir nicht zulassen, einzelne Länder wie Griechenland aus dem Euro zu entlassen, solange sie sich den Reformnotwendigkeiten stellen.

Sodann stehen wir vor der fundamentalen Frage: Welches Europa wollen wir? Wie soll der Zukunftsentwurf aussehen? Weiter ein loser Staatenbund, aber mit starken Gemeinschaftsinstitutionen, oder ein föderaler Bundesstaat mit zentraler Regierung und einem sie tragenden Parlament?

Weil wir exakt an dieser historischen Wegscheide stehen, kommt der Aufruf der Ökonomen zum richtigen Zeitpunkt. Aus meiner Sicht ist er ein Alarmruf fünf Minuten vor zwölf.

Die führenden deutschen Ökonomen haben sich gemeinsam zu Wort gemeldet, nicht um der Politik vors Schienbein zu treten, sondern um die Grundsätze deutlich zu machen, auf denen die Wirtschafts- und Währungsunion in Zukunft aufgebaut werden muss, damit das verloren gegangene Vertrauen der Märkte wie der Bürger wieder zurück gewonnen werden kann.

Wollen wir nicht einen Zerfall der europäischen Idee riskieren, so brauchen wir als Konsequenz aus der Krise und ihren Ursachen eine Vertiefung der europäischen Integration und das heißt: Eine Abgabe weiterer Souveränitätsrechte an europäische Institutionen gerade in den sensiblen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik – allerdings eingebunden in eine demokratische Kontrolle, voran durch das Europäische Parlament.

Denn der Kern der gegenwärtigen Eurokrise ist die Differenz zwischen Integrationsanspruch und Realität. Zwar gibt es eine Währung und eine Geldpolitik durch die EZB, aber die Fiskalpolitiken sind dramatisch divers. Die ursprünglichen Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die dem Euro einen festen Unterbau garantieren sollten, haben insbesondere bei der Erzwingung von Haushaltsdisziplin weitgehend versagt.

Die EZB zum Finanzagenten der europäischen Staaten und der Banken zu machen, ist eine fatale Entwicklung. Hier brauchen wir eine Rückkehr zur Stabilitätskultur der Deutschen Bundesbank. Andernfalls ist Inflation das Stichwort für die nächste Dauerkrise. Die Bankenunion mit einer europäischen Bankenaufsicht muss kommen, aber sie kann nicht unter der Kontrolle der EZB stehen. Die EZB als letzter Retter in der Not darf sich nicht an der Aufgabe der Aufsicht kompromittieren.

Die Umsetzungsschwächen des Maastricht-Vertrages haben das Vertrauen auf den Finanzmärkten in die Anpassungsfähigkeit nationaler fiskalpolitischer Stabilitätskulturen an die Euro-Notwendigkeiten erschüttert. Deshalb müssen an diesem Punkt auch die zentralen Reformen ansetzen.

Solange es keine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik mit den entsprechenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen gibt, solange sind auch alle Gedankenspiele über eine Vergemeinschaftung von Schulden und nationalen Haushaltsdefiziten genau der falsche Ansatz, um die jetzt erkannten strukturellen Probleme in Europa dauerhaft zu überwinden. Europa braucht – neben den strukturellen Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, wozu insbesondere eine Liberalisierung und Flexibilisierung seines Arbeitsmarktes gehört – deshalb vorrangig vor allem eine enge Koordinierung seiner Finanzpolitik.

Notwendig ist dazu eine unabhängige europäische fiskalpolitische Instanz, die effektiver für Spardisziplin sorgt, als es das ursprüngliche Regelwerk ermöglicht, das Anfang 1992 in Maastricht beschlossen und im Stabilitäts- und Wachstumspakt ausformuliert wurde. Wir brauchen eine europäische Autorität, die die notwendigen Durchgriffsrechte auf die nationale Ebene hat, wenn Haushaltsplanungen und –vorgaben nicht eingehalten werden. Dazu gehören im Konfliktfall auch Sanktionsmechanismen, die nicht wie bisher der politischen Opportunität geopfert werden dürfen. Das jetzige Beschlusspaket zur „Fiskalunion“ ist der richtige Lösungsansatz – wenn er denn von allen auch inhaltlich gemeinsam vertreten wird.

Diese Überlegungen laufen im Kern auf ein europäisches „Finanzministerium“ hinaus, das sich um eine koordinierte Haushaltspolitik ebenso kümmert wie um die gemeinsamen Spielregeln für den Banken- und Finanzsektor, und das ebenso die EU in den entsprechenden internationalen Institutionen vertritt, damit Europa dort künftig mit einer Stimme spricht.

Eine starke Wirtschafts- und Währungsunion braucht rasch funktionierende, effektivere Strukturen. Dazu gehören überzeugende Konzepte für die bislang verschleppte Finanzmarktregulierung, eine schrittweise Harmonisierung in der Steuerpolitik, die Reformierung der Arbeitsmärkte und vor allem ein Programm für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Um

diese zentralen Punkte haben sich die Mitgliedsstaaten viel zu lange herumgedrückt. Dies ist letztlich die Ursache für die aktuellen Schwierigkeiten.

In diese Wunde haben Deutschlands Ökonomen nunmehr den Finger gelegt.

Was sie leisten wollen, ist ein Beitrag zu einer neuen, krisenfesteren Architektur der Euro-Gemeinschaft. Nur dann wird sie aus der gegenwärtigen, tiefgreifenden Krise gestärkt hervorgehen. Die Politik wäre gut beraten, den ökonomischen Sachverstand der Wissenschaft ernst zu nehmen, statt weiterhin mit immer neuen Formelkompromissen zu laviieren, die letztlich nicht zu einer Lösung der Euro-Krise führen.